V0081/21/1

<u>Weiterentwicklung des Fahrradverkehrs in Ingolstadt</u> -Ergänzungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.03.2021-

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 06.07.2021

Der Antrag der Verwaltung V0351/21 und der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion V0081/21/1 wurden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Witty bemängelt, dass das Stadtgebiet an einigen Stellen mit zu vielen Hindernissen für Fahrradfahrer zugepflastert sei. Nach der Straßenverkehrsordnung seien nur vor Ort zwingend erforderliche Beschränkungen vorzunehmen. Er glaube nicht, dass das bei allen Umlaufsperren der Fall sei. Er bittet um Zurückstellung des Antrags der Verwaltung und ein klärendes Gespräch mit dem ADFC und den Friedrichshofenern.

Stadtrat Dr. Spaeth pflichtet seinem Vorredner in Bezug auf die Umlaufsperren bei, die aus seiner Sicht möglichst weitgehend abmontiert werden sollten.

Stadtrat Pauling schließt sich dem an. Gerade für die vom Stadtrat geförderten Lastenfahrräder seien Umlaufsperren nicht passierbar. Durch das erforderliche Ausweichen auf die Straße würden Gefahrensituationen entstehen. In Hinblick auf die Kosten bietet er an, ehrenamtliche Helfer zum Abmontieren zu organisieren.

Frau Preßlein-Lehle betont, dass man stets versuche, sehr restriktiv mit Verkehrsschildern und Umlaufsperren umzugehen. Von Seiten der Verwaltung bestehe kein Interesse daran, den Radverkehr auszubremsen. Allerdings stecken hinter vielen Umlaufsperren Bezirksausschussanträge, auch aufgrund von Unfällen.

Stadtrat Witty stellt klar, dass man nicht gegen die Arbeit der Verwaltung, sondern für den Radverkehr sei. Einzelne Umlaufsperren sollten aus seiner Sicht diskutiert werden.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf befürwortet den Vorschlag, das Gespräch zu suchen.

Stadträtin Klein bezeichnet die Interessen des Fahrradverkehrs als legitim, allerdings müsse man auch zugeben, dass sich nicht alle Radfahrer verantwortlich verhalten. An manchen Stellen sei es durchaus sinnvoll, sehr schnelle Radfahrer abzubremsen. Man müsse beide Seiten sehen: Der Fahrradverkehr müsse fließen, gleichzeitig müsse man auch die Interessen von Fußgängern berücksichtigen, wo Gefahrenpotential besteht.

Herr Hoffmann sagt zu, dass man sich nochmal Gedanken zu dem Thema machen werde. Er betont jedoch, dass es immer ein Entscheidungsprozess mit allen Beteiligten gewesen sei, was auch bei einem Rückbau der Fall sein müsse. Möglicherweise sei dies auch ein Thema für den geplanten Fahrradbeirat.

Die Vorlage wird zurückgezogen.